





Einkommensrunde 2015/Argumente für die Teilnahme an Demonstrationen

Ohne Investition keine Zukunft! Unter diesem Motto haben die Vertreter von Bundestarifkommission und Bundesvorstand des dbb am 18. Dezember 2014 in Berlin mit großer Einmütigkeit die gemeinsamen Forderungen mit ver.di für die Einkommensrunde 2015 der Länder aufgestellt.

Der dbb fordert:

- Erhöhung der Tabellenentgelte (TV-L und TVÜ-Länder) um 5,5 Prozent, mindestens eine soziale Komponente von 175 Euro
- Erhöhung der Ausbildungsentgelte (TVA-L BBiG und Pflege, TV Prakt-L) um 100 Euro
- Laufzeit 12 Monate
- Erhöhung des Nachtarbeitszuschlags in Krankenhäusern auf 20 Prozent, wie für alle anderen Beschäftigten
- Zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifeinigung auf den Beamtenbereich
- 30 Tage Urlaub für alle Auszubildenden
- Dauerhafte Übernahme aller Auszubildenden im Länderbereich
- Wegfall der sachgrundlosen Befristung
- Schaffung einer Entgeltordnung für Lehrkräfte

Des Weiteren fordert der dbb:

- Verbesserungen bei der Übergangszahlung im Justizvollzugsdienst (§ 47 TV-L)
- Aufnahme von Verhandlungen zur Verbesserung der Eingruppierungsstruktur und zur Tarifpflege

Insgesamt sind 3 Millionen Menschen von dieser Einkommensrunde betroffen. Im Tarifbereich der TdL sind es 800.000 Beschäftigte, rund 32.000 Auszubildende der Länder sowie rund 2,2 Millionen Beamte – auch im Kommunalbereich - für die das Ergebnis 1:1 übertragen werden soll.

Für die aufgestellten Forderungen sprechen eindeutige Fakten.

So besteht seit dem Tarifabschluss für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen vom April 2014 ein Einkommensrückstand von durchschnittlich 1,6 % (rund 46 Euro) seit März 2014 sowie durchschnittlich 3,9 % (rund 122 Euro) ab März 2015 für die Beschäftigten der Länder. Hier ist eine Abkopplung von den dort erreichten Einkommen zu verhindern. Auch in der Privatwirtschaft wurden im letzten Jahr deutliche Einkommenszuwächse erreicht. Für unsere Forderungen spricht auch die Steuerschätzung für die Länder. 2014 konnten dort erhöhte Einnahmen von 3,5 % verbucht werden.

Auch die Schätzungen für die nächsten Jahre lassen ähnliche Steigerungen erwarten.

Wir wissen, Geld ist sicher eine wichtige Forderung, aber längst nicht alles um auch in den kommenden Jahren einen funktionierenden, attraktiven öffentlichen Dienst in Deutschland zu haben. Es stehen große Herausforderungen an. So werden in den nächsten 15 Jahren 1,5 Millionen Beschäftigte altersbedingt aus dem öffentlichen Dienst ausscheiden. Erwartet werden aber nur ca. 800.000 Neueinstellungen. Das bedeutet, 700.000 Stellen könnten wegfallen. Dazu sind seit dem Jahr 2001 bereits 120.000 Stellen abgebaut worden. Die Summe der Arbeit wird aber gleich bleiben. Das bedeutet Arbeitsverdichtung und Mehrbelastung der verbliebenen Kolleginnen und Kollegen! Attraktivität sieht anders aus!!!

Im Vorfeld der Verhandlungen hat der dbb auf **16 bundesweiten Branchentagen** die Diskussion mit den Mitgliedern seiner Fachgewerkschaften gesucht. Die Beschäftigten machten sich dabei das Motto "Sie und Ihre Meinung: Unverzichtbar!" zu eigen und brachten ihre Erwartungen und inhaltlichen Forderungen in lebhaften Diskussionen mit den dbb-Vertretern zur Sprache.

Zentrale Forderungen dabei: angemessene Bezahlung und Personalausstattung, mehr Einsatz für Nachwuchsgewinnung und –förderung, Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten.

Für die **Lehrer** steht zum Beispiel die Schaffung einer Entgeltordnung auf der Prioritätenliste ganz oben. In der letzten Tarifrunde 2013 konnte hier kein Ergebnis erzielt werden. Inzwischen stehen die Zeichen für einen Abschluss gut, wird doch schon seit Februar 2014 intensiv darüber verhandelt.

Für die **Jugend** ist die Kernforderung eine Entgelterhöhung für alle Auszubildenden um 100 Euro monatlich sowie die dauerhafte Übernahme nach der Ausbildung. Dies macht sie mit dem Motto: "LEHRstellen statt LEERstellen" besonders deutlich.

Beschäftigte der Finanzverwaltung beklagten Arbeitsüberlastung und Überregulierung des Steuerrechts durch den Gesetzgeber. Nur mit mehr Personal, das machten sie eindringlich klar, könne die Flut von Steuererklärungen und Anträgen bewältigt werden.

Forstbeschäftigte nutzten ihren Branchentag, um neben einer Tariferhöhung, Perspektiven für den forstlichen Nachwuchs und einer vergleichbaren Bezahlung gleicher Tätigkeiten auch ein Ende der Befristungen von Arbeitsverträgen zu fordern.

Gleichfalls ein großes Thema: Die zunehmende **Gewalt gegen Beschäftigte** in vielen Bereichen im öffentlichen Dienst

Bei der **Polizei** gehören solche Erfahrungen schon länger zum traurigen Alltag. Der Staat muss hier endlich reagieren und seine Beschäftigten besser schützen.

Mit der TdL sind drei Verhandlungsrunden vereinbart. Der Auftakt war am 16. Februar und brachte keinerlei Angebot von Seiten der Arbeitgeber!

Weitere Runden sind am 26./27. Februar sowie 16./17. März 2015.

Klar ist: Der Erfolg in Potsdam hängt unmittelbar von der Kampfkraft der Gewerkschaften ab.

Es kommt auf jeden Einzelnen an! Deshalb: Mitmachen! Nicht nur zuschauen!



Steffen Winkler Stellv. Landesvorsitzender im SBB und Vorsitzender der Tarifkommission